

«Behördenwillkür» muss ein Ende haben

Raumplanung /

Mit einer Resolution verlangt das Bernische Bäuerliche Komitee Anpassungen bei Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone.

BÜETIGEN Bauen in der Landwirtschaftszone soll einfacher werden: Geht es nach dem Bernischen Bäuerlichen Komitee (BBK) und dem Bäuerlichen Zentrum Schweiz (BZS) dauere der Weg von der Eingabe der Baubewilligung bis hin zur Realisierung viel zu lange. Mit einer Resolution wollen sie erreichen, dass die Wege bei den Behörden schneller und effizienter werden. Letzte Woche lud der BZS-Präsident Heinz Siegenthaler zur Medienkonferenz ein. Auf dem Beauftragten von Simon Stettler in Büetigen haben sie ihre Forderungen unter dem Titel «Grosse Unzufriedenheit im Zusammenhang mit dem Bauen in der Landwirtschaftszone» formuliert.

Ein Lied davon singen

Der Landwirt Simon Stettler kann ein Lied von der «Behördenwillkür» singen. Bis er jeweils seine Bewilligung für den neuen Stall für 50 Kühe bekam, vergingen Monate. «Nach einem Brandfall entschloss ich mich, unseren Betrieb auszusiedeln», sagt der Landwirt. Obwohl er für sein Bauvorhaben keine Einsprachen hatte, nahmen sich die Äm-

ter jeweils viel Zeit – viel zu viel für Stettlers Geschmack. Auch für die SVP-Grossräte Thomas Knutti und Hans Schori laufen die Mühlen bei den Behörden viel zu langsam. «Wöchentlich bekomme ich Anrufe von frustrierten Bauern, welche ein Bauvorhaben realisieren wollen», sagt Grossrat Knutti aus Weissenburg.

Gesunder Menschenverstand

Auch bei Umbauvorhaben sollte wieder mit etwas mehr regionalem Sachverstand gehandelt werden. «Wir verlangen deshalb vom Bundesrat, wie von den beratenden Kommissionen sowie von National- und Ständerat, dass bei der Revision des Raumplanungsgesetzes Korrekturen gemacht werden», fordert Thomas Knutti. Auch für Hans Schori, SVP-Grossrat und Gemeindepräsident von Seedorf, habe der Amtsschimmel eine Dimension angenommen, die nicht mehr tolerierbar sei. «Aus meiner Sicht ist hier zwingend Handlungsbedarf angesagt», sagt Schori. Entweder durch eine etwas flexiblere Auslegung der Anforderkriterien nach gesunden Menschenverstand oder dem



BBK-Sekretär Hans-Rudolf Kneubühl, BZS-Präsident Heinz Siegenthaler, Landwirt Simon Stettler und die SVP-Grossräte Hans Schori und Thomas Knutti (v. l. n. r.).
(Bild: Peter Fankhauser)

Hauptzweck zum Schutz des unüberbauten Bodens. «Wenn nicht anders möglich, dann mit einer Anpassung der gesetzlichen Grundlagen», fordert der Seedorfer.

Als Berater viel erlebt

Für den BBK-Sekretär Hans-Rudolf Kneubühl ist klar, warum

man das Raumplanungsgesetz anpassen sollte. Er, der als Berater unzählige Bauern in ihren Bauvorhaben unterstützte, er, der in seiner Laufbahn unzählige Gespräche mit den Ämtern und Behörden führte, weiss nur zu gut, wie hartnäckig und «störrisch» diese sein können: So legte Kneubühl die Resolution,

Peter Fankhauser

Resolution: Einige Punkte

- Bauen die kein Land benötigen bewilligen
- Wohnen bei den Tieren
- Bauherren mit Respekt behandeln
- AGR muss Spielraum ausnützen
- Baubewilligungsverfahren verkürzen
- Altersgrenze abschaffen
- Gleichbehandlung Baugesuche
- Dachfenster ermöglichen
- Wohnfläche und Raumhöhe anpassen
- Bauen für Nebenerwerb bewilligen
- Doppelter Abzug weg lassen
- Regierungsstatthalteramt statt AGR
- Leerstehende Bauernhäuser umbauen
- Saubewilligung für Pensionsopfer
- Baubewilligung für alternative Betriebszweige
- Widerspruch Raumplanungsgesetz und Bundesverfassung pf